

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3600-3698. Telegramm-Adresse: Ullstein, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellegel.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anzeige] - Nr 210 - A 107

MITTWOCH, 6. MAI 1931

MORGEN-AUSGABE . V

Zollunions-Debatte in Paris Irrwege der Agrarpolitik

Brands wachsende Aussichten für Präsidentschaft

Von DR. AUGUST WEBER, Domänenpächter in Lötzen.

I. Vorsitzenden der staatsparteilichen Reichstagsfraktion

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 5. MAI

Die erste kurze Sitzung, zu der die Kammer heute nach den Osterferien zusammengetreten ist, fand bereits ganz im Zeichen des Hüllens, aber erbiterten Hüllens um das Elgige, und das seit Wochen die gesamte französische Politik garantiert.

Die Interpellationen über die auswärtige Politik, die die Rechte zum Teil schon vor den Ferien eingeleitet hatte, und die in den letzten Tagen auf über zehn gestiegen waren, haben Gelegenheit zu einer Probebestimmung von parlamentarischer Bedeutung. Die Interpellanten, denen es lediglich darum zu tun war, durch eine außenpolitische Debatte Brand's Schwierigkeiten zu bereiten und so seine Kandidatur für die Präsidentschaft im Voraus zu discredittieren, hatten zu spät erkannt, daß die tatsächlichen Positionen

sich seit einer Woche völlig verkehrt hatten und daß ihre Initiative, weit entfernt, Brand's Bestreben zu lähmen, diesem im Gegenteil die Gelegenheiten zu einem neuen Siege schufen mußte. Sie haben gesehen und heute vornimmt verläuft, eine Vertagung der Debatte bis nach der Präsidentschaftswahl zu erreichen. Die Kammer hat jedoch gegen sie entfallen.

Sie hat gegen die Stimmen der gesamten Rechten die außenpolitische Aussprache auf Donnerstag und Freitag verschoben und so Brand die Möglichkeit gegeben, noch vor dem 13. Mai gründliche Überlegung mit seinen Gegnern zu halten. In den parlamentarischen Kreisen wundert man sich, daß er aus diesem Kampf mit einer Mehrheit von mindestens 450 bis 500 Stimmen hervorgeht und daß ihm dieser Erfolg ganz bestimmt nicht die Gedanken, die er bisher gegen die Übernahme einer Präsidentschaftskandidatur ergeben gemacht hat, einbüßig fallen zu lassen.

Der französische Gegenplan

Ein Weg zur Verzögerung, nicht zum Erfolg

Die bevorstehende Kammerdebatte über den deutsch-österreichischen Zollvertrag wird die einschlägige Wählung, die der Vertrag in der Presse und bei den offiziellen Stellen gefunden hat, unterbrechen. Die Form dieser Wählung wird abhängig davon sein, ob in Brand der bestmögliche Außenpolitiker an die politische Verantwortung über die Präsidentschaftskandidatur an seine Wähler appellieren wird. Alle Voraussetzungen sind nicht Brand aber die Gelegenheit der Kammerinterpellation dazu benutzen, um das geheimnisvolle Dunkel von seinem Gegenprojekt zu lüften.

Womit die französischen Pläne bisher bekannt geworden sind, handelt es sich um vier Punkte:

1. Abnahme der überflüssigen Getreidemengen von den französischen Agrarländern, entweder im Wege fester Abkäufe oder durch Preisverträge.
2. Industrielle Kartellvereinbarungen.
3. Agrarpreise.
4. Allgemeine Kreditbewährung.

Zu Punkt 1 muß berücksichtigt werden, daß in Frankreich die Begründung einer *de oleo et de oleo*, eines Getreidemonopols, erzwungen wird, das Voraussetzung für feste Käufe an Getreide wäre. Eine entsprechende Anordnung ist schon vor einiger Zeit zwischen Deutschland und Frankreich ohne Ergebnis getroffen worden, da in Deutschland nicht die Möglichkeit besteht, ein Getreidemonopol zu schaffen. Auch in Frankreich ist diese Frage, die seinerzeit zum Sturz des Kabinetts Lathieu geführt hat, noch unklar. Dagegen hat aber Deutschland im vergangenen Jahre im Gegensatz zu Frankreich erhebliche Mengen von Getreide, Mais und Weizen auch ohne Getreidemonopol in den französischen Agrarländern angekauft.

Was die Industrielle Kartelle zu Punkt 2 des französischen Programms anbetrifft, so handelt es sich dabei um einen Wählungsplan von Bedeutung, der sich in großer Umfang zwischen Deutschland und Frankreich gegenwärtig entwickelt ist. Es bestehen bereits Kartelle für Eisen und Stahl, Farben, Textilien, Holzwaren, Zement und zehntausende kleine Zweifabrikanten. Fast alle, Österreich, Schweden und schiedliche kleine Zweifabrikanten. Von den großen Industrien sind nur die Maschinen- und Textilindustrie nicht zwischen beiden Ländern kartelliert. Die französische Schlußfolgerung, daß man durch Kartellierung in einem Dollabau gelangen könne, scheitert aber in der Praxis an der Voraussetzung von hundertprozentigen Weltmärkten. Bei der Faltung der englischen Industrie besteht keine Aussicht, einen solchen Plan zu verwirklichen.

Zu Punkt 3 Agrarpreise hat Deutschland die Vorbereitungen für die Schaffung eines internationalen Agrarpreiskomitees begonnen und gefördert. Die Weltmärkte für Weizen nehmen für die französischen Länder zu aber dadurch in seine fernere gerückt, daß zunächst einmal die rechtlichen und gesetzlichen Voraussetzungen für hypothetische Bestimmungen geschaffen werden müssen. Rumänien und Jugoslawien werden vorausichtlich über ein Kartell brauchen, um Grundbesitzer und Kartelle zu schaffen, so daß eine schnelle Streikfrist die den außerordentlich hohen Zinsätzen in diesen Ländern durch die geplanten

Internationalen Agrarbank nicht möglich sein wird. Für die deutsche Landwirtschaft wiederum würde diese Agrarbank infolgedessen von geringer Bedeutung sein, als sie nicht in der Lage sein wird, Kredite wesentlich unter dem jetzt in Deutschland üblichen Zinssatze bereitzustellen.

Gegenüber Punkt 4: allgemeine Kreditbewährung ist besondere Skepsis herrscht. Bisher hat Frankreich nichts dazu getan, um den Goldstrom an die Stellen des größten Bedarfs zu leiten, sondern seine Zinssteuerungspolitik fortgesetzt. Die Rumänien gewährte Anleihe weiß so umfangreiche Bedingungen auf, daß sie Absicht hat, den französisch-rumänischen Beziehungen nicht förderlich gewesen ist.

An maßgebenden Stellen wird im Ausland zur Zeit die Ansicht vertreten, daß Deutschland und Österreich bereit seien, gegen entsprechende Kompensationen, um den Zollunionen zurückzutreten. Diese Gedächtnisse sind geeignet, die Basis der deutsch-französischen Aussprache umstrukturiert zu machen, denn die Rückfällung des Zollvertrages ist weder in Wien noch in Berlin jemals als Diszussionsgrundlage erwoogen worden.

So sind die Regierungen von Deutschland und Österreich wohl bereit, die französischen Vorschläge zu diskutieren und zu prüfen, aber auch sich entschlossen, den definitiven Weg der Zollunion in ruhiger Zurückheit zu Ende zu gehen. S. v. M.

Wenn Moskau ruft

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 5. MAI

Der russische Handelsvertreter in Hamburg, Magilewitsch, hat sich auf der Generalversammlung des Baltischen Handelsvereins, beginnend auf der russisch-lettischen Grenzstation Andra Selbstmord. Er warf sich unter einem ranghöheren Zug, der ihm beide Beine zermalmte, so daß er kurz darauf starb.

Im Grund für den Selbstmord wird vermutet, daß seine Rückreise nach Moskau nicht freiwillig war.

HAMBURG, 5. MAI

Magilewitsch war Leiter der Getreide-Abteilung der Handelsvertretung in Hamburg. In dieser Stellung befand er sich seit ungefähr zwei Jahren. Der vierzigjährige Mann erkrankte sich allgemeiner großer Verschleiß. Er gab hier an, er sei auf längere Zeit krankhaft worden, und verließ am 2. Mai mit seiner Frau und seinem Kind nach Rußland ab.

In der russischen Handelsvertretung in Hamburg ist nichts davon bekannt, daß Magilewitsch auf höheren Befehl nach Rußland zurückgereist ist. Aber die Tatsache, daß er seine Familie mitgenommen hat, deutet darauf hin, daß er selbst nicht mit seiner Rückreise nach Hamburg rechnete. Seine Kollegen nahmen an, daß er einen anderen Posten bekommen sollte. Von irgendwelchen Beschuldigungen Magilewitsch in seiner Stellung ist hier nichts bekannt.

Die „Roggenpolitik“, mit deren Hilfe Minister Schiele der deutschen Landwirtschaft in den Räten, die durch die deutsche Lebensmittelproduktion an Roggen verurteilt worden sind, auszuweichen wollte, hat sich als ein Scheitern erwiesen. Die Stützungsaktion brach zusammen, ehe der größte Teil der Landwirtschaft, insbesondere der freien, seine Gründe an den Markt bringen konnte, und auch diejenigen, die zur Zeit kamen, konnten im wesentlichen nur dann von den Stützungspreisen profitieren, wenn sie Zwangsumsatz am Berliner Markt angubanden in der Lage waren. Von den gegenwärtigen hohen Preisen aber hat der notleidende Landwirt noch weniger, da die geringen, noch bei der Landwirtschaft befindlichen Bestände sich nicht nur in der Zahl, sondern sehr kapitalintensiv und keineswegs stützungsunfähig betriebe befinden. Der größte Teil besonders der kürzlich den Landwirte hat seinen Roggen zu Preisen zwischen 7,40 und 8,20 Mark für den Zentner verlaufen müssen, wie sie von Mitte September bis Mitte Februar notiert wurden.

Dem Ausstieg in das Gebiet der Finanzwirtschaft, den die Regierung unternommen hat, blieb also der Erfolg verlag. Dem Preis von 11 Mark je Zentner, den die Landwirtschaft im Durchschnitt der Jahre 1928/29 erzielt hat, ist man jetzt nicht nahegekommen, wo in den Rechnungen des Landwirts nur noch der eigene Bedarf an Roggen ruft; auch auf den Höhepunkten der Stützungs konnten nur 8,625 Mark, und auch nur für geringe Mengen, erzielt werden. Dieser geringe Erfolg aber wurde mit schweren Schäden auf anderen Seiten erkauf.

Seit im letzten Viertel des Jahres, zeigt sich plötzlich, daß das Ernährungsinstitut mit der Colombine und der Verschlechterung des Roggens zu weit gegangen ist; infolge der Anknüpfung der Roggenpreise hat eine plötzliche Steigerung der Roggenpreise eingeleitet, die sich bereits in den Brotpreisen auszuwirken beginnt, und die eine weitere starke Hausse in Roggen erwarten läßt. Eine Vertiefung des wirtschäftlichen Weltstandes der Rohstoffe gerade der ärmsten Wirtschaften ist aber in einem Augenblick untragbar, wo die Regierung auf allen Gebieten durch die Sprüche sozialer Verschärfung eine Entlastung der Köpfe und Gehirne vornimmt, um auf diese Weise die wirtschaftliche Lage zu verbessern und ihre Konsumtionsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern. Eine Preissteigerung auf diesen wichtigen Gebieten würde, ohne daß dadurch, wie oben angeführt, der Landwirtschaft im geringsten geholfen würde, eine neue Welle von Preissteigerungen auf anderen Gebieten nach sich ziehen und damit dem wirtschäftlichen Programm der Regierung Verminung, die deutsche Wirtschaft durch Vertiefung der Beschäftigungslosen und Preissteigerung zu intensiver, diametral umverworfen, und die Wirtschaft zu ruinieren.

Wird immer abstrahiert als für den Konsum und die allgemeine Wirtschaftspolitik ist die Zollpolitik des Ministers Schiele für die Landwirtschaft selber geworden, soweit sie ihre Hauptmaßnahmen aus der Veredelungswirtschaft, insbesondere aus der Viehzucht und der Milchwirtschaft, zieht. Um einen Anreiz zur Vertiefung des Roggenüberschusses zu geben, hat man die Zölle auf Futtermittel zu erhöhen, die die Erzeugung von Vieh und Schweinefleisch nicht mehr verhindert ist. Durch diese Maßnahmen werden die Bauern der Abhängen der Kaufkraft der städtischen Bevölkerung ist das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auch auf diesem Gebiet empfindlich gestört, die Preise, die der Bauer für sein Vieh und seine Milch erhält, sind gedrückt, ohne daß der Konsumant davon viel zu spüren bekommt, und auch der Bauer wird in die landwirtschaftliche Krise mit hinein-gezogen, der die bisher noch am besten Widerstand leisten konnte.

Hat das politische Ergebnis? Alle Vierzehner haben den fürnherbauenden Grundbesitz nicht aus der Beschäftigung von Hülse und Hugenberg zu lösen und vor den Augen der Entscheidungspolitik zu spannen vermocht. Und die Bauernschaft totalitärer sich ebenfalls weiter und ruft nach neuen oder höheren Zöllen. Schiele aber zieht weiter die Zollbewegung in Bewegung, als hantelte es sich um eine Schwabe ohne Ende, die niemals überwindlich werden kann. Man spricht auch von einer erneuten Zollbewegung von Seiten des Vieh- und der großen dem Konsum der großen, milderbetriehten Massen dienen, was Hülsefleisch, Speck, Schmalz und Schweinefleisch, nicht zurück, ohne die Getreidebörse zu senken. Nur die Erhöhung des Butterzolls unterbleibt angeht der leicht vorzuschiebenden handelspolitischen Zer-